

16. Landtag von Baden-Württemberg, 127. Sitzung
Mittwoch, 30. September 2020, 9.00 Uhr

Rede

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

Gesetz für die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Blick ins Land, zu unseren Nachbarn und in die ganze Welt zeigt: Corona lässt uns nicht los. Das Virus bleibt gefährlich. Die Bewältigung der Pandemiekrise und ihrer Folgen verlangt uns weiter alles ab. Wir haben dieser Tage gehört, dass in Madrid in zwei Wochen auf 100 000 Einwohner 770 Neuinfektionen kommen. Dieser Wert liegt weit über dem Wert 50, der für uns die rote Ampel darstellt.

Die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg ist im ersten Halbjahr nicht wie bundesweit für das ganze Jahr prognostiziert um 5,8 %, sondern – preisbereinigt, nach neuesten Zahlen – um 7,7 % zurückgegangen.

Nur Bremen und das Saarland haben noch einen stärkeren Rückgang. Das heißt, 13 Länder haben beim BIP im ersten Halbjahr weniger Rückgang als Baden-Württemberg. Wir sind also gerade im Bundesvergleich sehr stark betroffen von diesem Corona-Knick.

Deshalb ist das richtig, was wir machen: Oberstes Ziel in dieser Ausnahmelage muss es sein, dass wir in dieser Krise handlungsfähig bleiben. Wir müssen alle Kräfte mobilisieren, um dieser Herausforderung zu trotzen, um die Menschen weiter optimal zu schützen, um unser Land auch stark zu halten. Das ist die Aufgabe, der wir uns mit diesem Nachtragshaushalt stellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte mich deshalb dem Dank sowohl an die Finanzministerin als auch an die Haushaltsstrukturkommission anschließen. Wir haben viele Abende lang beraten und uns viele Gedanken gemacht, wie wir aus dieser Krise stärker herauskommen.

Wahr ist, im Kampf gegen die Krise muss und wird das Land neue Kredite in erheblichem Umfang aufnehmen. Die Finanzministerin hat die Zahlen dargelegt. Die Entscheidung über eine neue Kreditaufnahme in dieser Höhe trifft man auch nicht leichten Herzens. Auch wir tun das natürlich nicht. Aber diese Entscheidung ist unausweichlich, um einer beispiellosen Notsituation weiter wirksam zu begegnen und um das tun zu können, was jetzt für das Land nötig ist.

Darum geht es. Wir folgen damit in der Tat auch dem Rat aller führenden Ökonomen. Der ifo-Chef Clemens Fuest hat dieser Tage gesagt: „Corona-Schulden sind alternativlos. Zurückzahlen können wir, wenn die Wirtschaft wieder brummt.“ Er ist bei Gott keiner, der für haushaltspolitisches Laisser-faire steht. Wenn es je Zeit ist für ein sogenanntes Deficit-Spending, dann ist es diese Zeit jetzt. Deshalb müssen wir alles tun, dass wir gestärkt hervorkommen. In der Tat, der Bundesfinanzminister hat nicht nur heute, sondern auch in den vergangenen Wochen mehrfach gesagt: Nicht zu handeln wäre teurer.

Dennoch, auch in dieser Krise tragen wir Verantwortung für morgen und auch für übermorgen. Deshalb legen wir jetzt gesetzlich fest: Die neuen Schulden müssen wir zügig zurückzahlen, und zwar innerhalb dieser Generation. Deshalb haben wir nicht 60 Jahre oder 50 Jahre gesagt, wie das übrigens Nordrhein-Westfalen beschlossen hat, sondern haben gesagt, in einer Generation, in 25 Jahren, muss das wieder zurückgeführt werden. Das ist fair, auch vertretbar – auch gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Wir sind damit deutlich ambitionierter als andere.

Wie gesagt – Kollege Schwarz hat es angesprochen –, einige Ökonomen haben erheblich längere Laufzeiten empfohlen. Wir setzen die Schuldenbremse auch nicht außer Kraft, wie es immer wieder heißt oder wie man lesen kann. Nein, wir nutzen jetzt genau diese klugen Mechanismen, die die Schuldenbremse bereithält, um bei großen Krisen gegenzuhalten.

Das ist das, was die Schuldenbremse ausdrücklich vorsieht, und deshalb ist dieser Nachtrag richtig. Er ist in meinen Augen auch maßvoll und vertretbar. Ich will hier nur erwähnen, Bayern macht zweimal 20 Milliarden €, NRW 25 Milliarden €. Insoweit liegen wir gegenüber diesen Ländern sogar weit tiefer, was den Umfang unserer Investitionen angeht.

Kredite sind aus vier Gründen nötig. Die Finanzministerin hat es angesprochen. Ich komme jetzt kurz zu diesen vier Gründen.

Erstens: Wir müssen Steuermindereinnahmen in Höhe von 4,4 Milliarden € abbilden. Das ist bekannt. Es ist unabdingbar. Ich denke, darin sind wir uns alle einig: Diese Ausfälle über Kürzungen aus dem Haushalt herauszuschwitzen, ist derzeit keine Option. Denn es wäre schädlich und würde die Lage noch verschärfen, wenn wir jetzt gegen die Krise ansparen würden.

Zweitens: Der Bund hat ein historisches Milliardenpaket für Deutschland geschnürt. Das Konjunkturpaket ist gut für unser Land. Es hilft den Familien, es hilft den Kommunen, es hilft dem Mittelstand, es schafft Zukunft. Aber an vielen Stellen verlangt der Bund auch eine Kofinanzierung des Landes. Wir stellen deshalb die Mittel bereit, um den Landesanteil aufzubringen, um damit auch die Bundesgelder für Baden-Württemberg abrufen zu können. Ich habe gesagt, wir wollen, dass der „Wumms“ von Berlin auch im Land ankommt und hier voll wirkt. Mit diesem Nachtrag sorgen wir auch dafür.

Drittens: Corona trifft als Erstes auch die Kommunen; das wurde zu Recht angesprochen. Wir wollen aber, dass die Kommunen ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gerade auch in dieser Krise gut und vor allem verlässlich erfüllen können. Insoweit stärken wir die Gesundheitsstrukturen. Aber wir haben auch einen starken Pakt mit den Kommunen geschlossen. Mit den erwähnten fast 3 Milliarden € steht das Land für die kommunalen Krisenlasten ein. Wir ersetzen mit 2 Milliarden € ihre Ausfälle bei der Gewerbesteuer, und im FAG-Verbund stellen wir sie so, als wäre Corona im Jahr 2020 nicht gewesen, indem wir den Oktober 2019 zur Basis nehmen. Wir leisten ferner Unterstützung für den Busverkehr, für die Krankenhäuser, für die Kindergärten, für die Musikschulen, für die Volkshochschulen, für die Vereine. Wir halten damit einen starken Schild über die gesamte Daseinsvorsorge. – Die Präsidentin des Musikschulverbands lächelt an dieser Stelle. Ich will Ihnen sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Das ist in der Landesgeschichte einmalig. Wir stehen für unsere Kommunen ein, weil wir Partner unserer Kommunen sind – auch in dieser schwierigen Zeit.

Und – vor allem – viertens: Wir wollen, dass Baden-Württemberg nach der Krise neu

durchstartet. Corona verändert die Welt. Unser Ziel heißt: Wir wollen danach besser, schneller, digitaler, nachhaltiger, wettbewerbsfähiger, innovativer sein als zuvor. Deshalb bringen wir, die Koalition, gemeinsam das Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“ auf den Weg. Damit investieren wir ganz gezielt in die strategischen Zukunftsfelder für unser Land, nämlich Digitalisierung für alle, Bildung und auch Weiterbildung, neue Technologien, Innovationskraft im Mittelstand, moderne Infrastruktur, neue, auch nachhaltige Mobilität, Klimaschutz und Gesundheit. Wir stellen 1,2 Milliarden € bereit für noch schnelleren Breitbandausbau, für die digitale Schule, für das größte Innovationsförder-programm in der Landesgeschichte überhaupt, für Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, Quantentechnik, Wasserstofftechnologie, für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg, auch für die Transformation in der Automobilwirtschaft – synthetische Kraftstoffe, Technologieoffenheit bis zu „reFuels“ und E-Mobilität. Wir stellen auch 800 Millionen € für die Vorsorge bereit, weil in der Tat niemand weiß, wie es im Winter mit der Pandemie weitergeht.

All das sind essenzielle Themen. Ein mittelständischer Maschinenbauer, der den Sprung ins KI-Zeitalter verpasst, der wird vom Markt verschwinden. Ein Hightechstandort, der die großen Trendthemen nicht aufnimmt, der jetzt nicht vom Hightech- zum Supertechstandort wird, kann bald nicht mehr oben mitspielen. Baden-Württemberg – ich habe es ja immer betont – muss wieder die Innovationsregion Nummer 1 in Europa werden. Diesen Spitzenplatz wollen wir zurückholen. Deshalb müssen wir jetzt in der Krise ganz bewusst und entschieden nach vorn denken, auf neue Ideen setzen, vor allem auch auf Stärke durch Erneuerung.

„Vergeude nie eine gute Krise“ hat Churchill einmal gesagt. Wir sorgen dafür, dass unser Land diese Krise nutzt, um den Wandel zu schaffen. Dieses Investment in die Zukunft ist eine standortpolitische Kapitalerhöhung, und zwar für unser Land. Es ist der richtige und damit auch der logische nächste Schritt der Krisenbekämpfung. Er wird uns auf einen neuen, auf einen besseren Wachstumspfad, auf einen Pfad des höheren Wachstums, führen. Wir brauchen dieses Wachstum. Wir haben hier nicht strukturelle Etatisierungen vorgenommen, sondern wir wollen damit innovativ, nachhaltig, digital in die Zukunft bis in die Klassenzimmer kommen. Wir machen stark, was unser Land stark macht mit diesem Zukunftsland Baden-Württemberg, auch bei der Gesundheit und beim Gesundheitsstandort, bei der Medizintechnik, bei den Unikliniken, bei Forschung und

Entwicklung, bei der Weiterbildung. Wir haben in guten Zeiten vorgesorgt – die Finanzministerin hat es angesprochen –, im Bund und auch im Land.

Deshalb können wir jetzt Zukunftsvorsorge möglich machen. Ich finde, darauf muss es ankommen. Es bringt auch nichts, jetzt zu bremsen. Wir müssen jetzt Gas geben – da kann man nicht gleichzeitig bremsen –, wir müssen jetzt investieren, stimulieren und im Grunde genommen ab 2023 – schon ab 2022 –wieder die Schuldenbremse einsetzen, dann auch wieder konsolidieren. Das muss der Dreiklang sein. Wichtig ist, dass wir die Programme jetzt nicht ins Schaufenster stellen. Sie müssen auf die Straße kommen.

Heute haben wir auch das FAG-Gesetz. Wir haben damit jetzt übrigens den Flächenfaktor für die Flächengemeinden ab heute gesetzlich etatisiert und fixiert. Auch das war uns wichtig. Hier haben wir Wort gehalten, genauso wie diese Woche mit der Landarztquote. Herr Ministerpräsident, ich möchte ausdrücklich sagen, auch mal unterstreichen: Diese Koalition handelt, ist handlungsfähig, und sie setzt um, was sie verspricht. Auch darum geht es uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier den Weg der Krisenbewältigung am 19. März in einem denkwürdigen fraktionsübergreifenden Konsens gemeinsam beschritten. Wir haben auch das Pandemie-Gesetz fraktionsübergreifend erarbeitet, den Landtag damit gestärkt und Parlamentarismus-Geschichte geschrieben. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg der Gemeinsamkeit jetzt mit uns weiterzugehen und uns beim Nachtrag zu unterstützen. Es geht um die Zukunft unseres Landes, es geht um unsere kommenden Chancen, um Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand, es geht um die Hoffnungen von Millionen Menschen in Baden-Württemberg. Deshalb will ich heute auch einmal abschließend Hannah Arendt zitieren. Sie sagt: „Wir haben sonst dann, wenn die Zeiten dunkel sind, das Recht, etwas Erhellung zu erwarten.“

Dieses Recht und dieses Versprechen werden wir heute im Grunde genommen mit diesem Nachtragshaushalt einlösen.

Herzlichen Dank.